

***Politische Gewalt und Religion.
Aktuelle Entwicklungen***

Religion und Bürgerkrieg

Abstract

In diesem Beitrag wird das komplexe Zusammenspiel zwischen Religion und Bürgerkriegen untersucht, wobei die doppelte Bedeutung von Religion als Quelle des Trostes und als Instrument der Mobilisierung berücksichtigt wird. Während Religion in der Konfliktforschung früher keine große Rolle spielte, wird ihr heute immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Das resultiert in unterschiedlichen theoretischen Ansätzen. Für eine wirksame Politikgestaltung und Konfliktlösung ist ein Verständnis des Verhältnisses von Religion und Konflikt unerlässlich. Dieser Beitrag unterscheidet zwischen zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Kriegen, definiert Bürgerkriege und analysiert die Ursachen von Konflikten. Es werden theoretische Perspektiven untersucht, darunter das Argument des Kampfes der Kulturen. Besondere Aufmerksamkeit wird den verschiedenen Ansätzen zur Bekämpfung von „Sektierertum“ insbesondere in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA) gewidmet. Dies ist für ein nuancierten Verständnis nachhaltiger Friedensbemühungen zentral.

1) Einleitung

Religion spendet vielen Menschen auf der ganzen Welt Sinn und Trost und hilft ihnen mit Unsicherheiten umzugehen. Religion ist jedoch selten neutral und kann als mächtiges Instrument zur Mobilisierung eingesetzt werden, sowohl zum Guten als auch zum Bösen. In nicht wenigen Fällen hat sie in neuerer Zeit eine Rolle bei politischer Gewalt und Bürgerkriegen gespielt. Der libanesische Bürgerkrieg in den 1970er Jahren, die Balkankriege in den 1990er Jahren, der syrische Bürgerkrieg, Boko Haram in Nigeria, der Aufstieg des Islamischen Staates (ISIS) und der jemenitische Bürgerkrieg: alle haben eine religiöse Komponente. Es ist daher legitim zu fragen, welche Rolle Religion in politischen Konflikten und Bürgerkriegen spielt. In der Vergangenheit standen Sozialwissenschaftler:innen, insbesondere der Politikwissenschaft und der Internationalen Beziehungen (IB), Religion als Forschungsgegenstand skeptisch gegenüber und ließen sie dementsprechend für gewöhnlich außer Acht. Diese Sichtweise hat sich jedoch inzwischen geändert. Insbesondere seit dem Ende des Kalten Krieges interessieren sich Sozialwissenschaftler:innen in der Konfliktforschung zunehmend

* Universität Zürich

für die Rolle von Religion bei politischer Gewalt und Bürgerkriegen. Infolgedessen haben sich mehrere Denkschulen herausgebildet, welche diese Beziehung zu erklären versuchen. Die Rolle von Religion in Bürgerkriegen zu verstehen, ist für Wissenschaftler:innen, politische Entscheidungsträger:innen und die Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung. Dieses Wissen kann zu einer effektiveren Politikgestaltung beitragen, Konflikte verhindern und helfen, die komplexe Dynamiken des Zusammenspiels von Religion und Konflikt in verschiedenen Regionen zu verstehen. Wird der Aspekt ‚Religion‘ übersehen oder missverstanden, kann dies zu unvollständigen Analysen und potenziell fehlerhaften Strategien zur Konfliktlösung führen.

Im ersten Abschnitt dieses Beitrags wird die Unterscheidung zwischen zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Kriegen erläutert und eine Definition von Bürgerkriegen gegeben. Anschließend wird die komplexe Beziehung zwischen Religion und Bürgerkriegen untersucht, wobei der Schwerpunkt auf der Überschneidung von Politikwissenschaft, internationalen Beziehungen und Religion liegt. Dieser Abschnitt führt die verschiedenen theoretischen Ansätze ein, die sich mit der Rolle von Religion in Bürgerkriegen befassen. Er erörtert das Argument des Kampfes der Kulturen und dessen Fokus auf dem Islam sowie das „Sektierertum“ (hier verstanden als Eindeutschung des im Englischen geläufigen „secterianism“), das viele Bürgerkriege verursacht hat. Im letzten Abschnitt werden einige der relevantesten Ansätze untersucht, die sich mit dem Thema Sektierertum im Kontext der MENA-Region befassen haben.

2) Über Krieg: zwischenstaatliche und innerstaatliche Kriege

"Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln". Das bekannte Diktum von Carl von Clausewitz bietet eine Möglichkeit, den Krieg zu betrachten. Wenn das Ziel darin besteht, durch militärische Maßnahmen Druck auf einen Staat oder nichtstaatliche Akteure auszuüben, damit diese ihr Verhalten ändern, trifft seine Aussage zu. Macht, so argumentieren Mansbach und Pirro, ist ein zentrales Element bei der Analyse der Weltpolitik, insbesondere im Zusammenhang mit Krieg. Im Laufe der Geschichte haben Staaten immer wieder zum Krieg gegriffen, um ihre Ziele zu erreichen. Die Androhung von Krieg ist seit jeher ein wichtiges Instrument der Einflussnahme. Um Krieg effektiv analysieren zu können, ist es wichtig, das Konzept näher zu definieren, damit ein gemeinsames Verständnis unter Forschenden gewährleistet ist. Ein wesentlicher Schritt

ist die Unterscheidung zwischen *zwischenstaatlichen* und *innerstaatlichen* Kriegen: Erstere werden zwischen Staaten geführt, letztere innerhalb von Staaten (Mansback & Pirro 2023, 263).

Zwischenstaatliche Kriege waren lange der Hauptfokus der Internationalen Beziehungen (IB), was zu einem umfangreichen Korpus an Theorien zur Erklärung dieser Art des Krieges geführt hat. Die Verlagerung der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit von zwischenstaatlichen zu innerstaatlichen Konflikten wurde mit der zunehmenden Verbreitung und Zerstörungskraft ziviler Konflikte dringlich. Diese Verlagerung kann auf zwei Schlüsselphänomene zurückgeführt werden. Erstens entstanden nach dem Ende des europäischen Kolonialismus zahlreiche politisch instabile unabhängige Staaten. Zweitens führten die Supermächte während des Kalten Krieges über ihre regionalen Verbündeten mehrere Stellvertreterkriege. Um eine direkte Konfrontation und die Gefahr eines Atomkriegs zu vermeiden, bedienten sich die Supermächte häufig verbündeter Stellvertreterstaaten des Globalen Südens, insbesondere in Asien, Afrika und im Nahen Osten. Diese Konflikte eskalierten, als die Supermächte ihre Verbündeten mit Waffen versorgten und diese in benachbarte Staaten gelangten, in welchen Aufständische Unterstützung suchten. Die Konflikte in Vietnam, Angola, Mosambik und Afghanistan, welche als Bürgerkriege begannen, wurden durch diese Dynamik zu den zerstörerischsten Konflikten der Ära des Kalten Krieges (Maoz & Henderson 2000, 290–291).

Die Bedeutung von Bürgerkriegen setzte sich in den Jahren unmittelbar nach dem Kalten Krieg fort, als die ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten gewaltsame interne Konflikte durchlebten. Der Jugoslawien- und der Kosovo-Krieg, an denen die NATO-Truppen aktiv beteiligt waren, sind Beispiele dafür, wie interne Konflikte zu internationalen Konflikten wurden, und zwar selbst nachdem die ideologischen Spannungen des Kalten Krieges nachgelassen hatten. Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass sich IB-Forschende verstärkt mit zivilen Konflikten befassen. So hat die IB-Forschung in der Zeit nach dem Kalten Krieg die Untersuchung ziviler Konflikte von den Forschenden der vergleichenden Politikwissenschaft übernommen, die während des Kalten Krieges den Hauptbeitrag geleistet haben (ebd.).

Bürgerkriege sind nur eine Facette des innerstaatlichen Konflikts. Andere Gründe als der Wunsch nach Unabhängigkeit oder einem Regierungswechsel können verschiedene Gruppen dazu bewegen, untereinander einen Konflikt auszutragen. Kriminelle Organisationen, darunter Drogenkartelle und terroristische Gruppen wie der selbsternannte ‚Islamische Staat‘, setzen Gewalt ein, um Gebiete und Bevölkerungen zu kontrollieren. Regierungen

können Minderheitsgruppen verfolgen, um abweichende Meinungen zu unterdrücken und/oder soziale Hierarchien aufrechtzuerhalten. Beispielsweise wurde die Regierung von Myanmar dieses Unterfangens von Seiten der Vereinten Nationen beschuldigt. Die UN klagte das Land an, einen Völkermord an den Rohingya, einer muslimischen ethnischen Minderheit, zu begehen. Darüber hinaus können Teile einer Bevölkerung mit Regierungen über Themen wie Korruption, wirtschaftliche Chancen und konkurrierende Ansprüche auf Gebiete und natürliche Ressourcen aneinandergeraten (Council on Foreign Relations. 16. Mai 2023).

Schwache, fragile oder gescheiterte Staaten, in denen die Regierung Schwierigkeiten hat, wesentliche Funktionen wie Sicherheit und Grundversorgung zu gewährleisten, sind besonders konfliktanfällig. In solchen Situationen sind Regierungen nicht in der Lage oder nicht willens, die Kontrolle innerhalb ihrer Grenzen auszuüben, was Terroristen und kriminellen Gruppen die Möglichkeit gibt, uneingeschränkt zu handeln. Innerstaatliche Konflikte können zum Scheitern eines Staates beitragen, indem sie die territoriale Kontrolle einer Regierung einschränken, wie es zum Beispiel in Somalia zu beobachten ist. Die Angriffe der Islamistengruppe Al-Shabaab haben dazu geführt, dass die schwache Regierung Somalias nicht mehr in der Lage ist, lebenswichtige Aufgaben wie die Aufrechterhaltung der Sicherheit und die Bewältigung von Katastrophen, wie die der verheerenden Dürre im Jahr 2011, zu erfüllen. Mehr als zwei Millionen Somalier sind aufgrund dieser Geschehnisse mit Hungersnot und Binnenvertreibung konfrontiert (ebd.).

Eine genaue Definition von Bürgerkrieg ist wichtig, um ihn von anderen Formen innerstaatlicher Konflikte zu unterscheiden. Es gibt mehr als 30 Definitionen für „Bürgerkrieg“. Die Unterschiede beruhen auf Faktoren wie Motiven, Opferzahlen und den Arten der beteiligten Akteure (Gaub 2013). Eine ältere Definition aus der Zeit des Kalten Krieges ist die von Small und Singer (1982, 210). In ihrem bahnbrechenden Werk *Resort to Arm* definieren sie den Bürgerkrieg als „any armed conflict involving (a) military action within the metropole, (b) the active participation of the national government, and (c) effective resistance by both sides.“ (zitiert aus Sambanis 2004, 816). Sie unterscheiden zwischen einem Bürgerkrieg (intern oder innerstaatlich) und einem zwischenstaatlichen oder außerstaatlichen (kolonialen und imperialen) Krieg, wobei sie den internen Charakter des Konflikts im Territorium eines souveränen Staates und die aktive Beteiligung der Regierung als Kriegspartei hervorheben. Nach ihrer Definition geht ein Bürgerkrieg über andere Formen innerstaatlicher bewaffneter Konflikte hinaus, da er anhaltende und wechselseitige Staatsgewalt beinhaltet und

außerdem eine bestimmte Anzahl von Todesopfern, in der Regel über 1.000, überschreitet (ebd.).

Auch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hat diese Unterscheidung in seine Definition des Bürgerkriegs übernommen. Es charakterisiert nicht-internationale bewaffnete Konflikte als „situations of violence involving protracted armed confrontations between government forces and one or more organized armed groups, or between such groups themselves, arising on the territory of a state” (Gaub 2013, 1).

Bestimmte Kriterien unterscheiden Bürgerkriege von isolierten Terroranschlägen, Unruhen, zivilen Unruhen, Völkermord oder Revolutionen. Ein Bürgerkrieg setzt ein Mindestmaß an Organisation und Widerstand auf Seiten der nichtstaatlichen Partei voraus, wobei mindestens 5 Prozent der Opfer auf Seiten der schwächeren Partei zu beklagen sind und die Kämpfe eine gewisse Intensität aufweisen müssen. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zwischen Bürgerkriegen und anderen Konfliktformen ist jedoch eine organisierte nichtstaatliche bewaffnete Gruppe, die in der Regel aus 500 bis 5000 Mitgliedern besteht (ebd.).

Maoz und Henderson (2000, 285–286) nennen vier Hauptmerkmale, die einen Bürgerkrieg definieren: Organisation, Beteiligung der Regierung, Dauer und Intensität. Das erste Merkmal, die Organisation, bezieht sich auf die Existenz eines organisierten Kollektivs mit zentraler Führung, die die Aktionen der Gruppe lenken und ihre Strategie bestimmen. Das zweite Merkmal, die Beteiligung der Regierung, bedeutet, dass die Regierung an dem Konflikt beteiligt ist und mehrere Sicherheitskräfte wie Polizei, Geheimdienst, Militär und gelegentlich paramilitärische Gruppen beaufsichtigt und einsetzt. Die beiden anderen Merkmale Dauer und Intensität beziehen sich auf den zeitlichen Verlauf bzw. die Schwere des Konflikts. In vielen Ansätzen steht also der gewaltsame zivile Widerstand im Mittelpunkt der Analyse, wobei die Anzahl der Todesopfer als Maß für die Intensität der Gewalt dient. Die genaue Höhe variiert allerdings. Das zeigt ein Blick in die verschiedenen Datensätze der IB zu Krieg und Bürgerkrieg (Zum Beispiel der Uppsala Armed Conflict Dataset, der Fearon and Laitin Dataset, und der COW Intrastate Wars Dataset). Ein Datensatz erfordert beispielsweise ein Minimum von fünfundzwanzig Todesopfern pro Jahr, während andere ein Minimum von 1.000 kampfbedingten Todesfällen pro Jahr als Schwelle definieren. Zivile Konflikte können je nach verwendetem Datensatz auf unterschiedliche Weise bestimmt werden. Unabhängig vom verwendeten Schwellenwert ist die Anzahl der Todesopfer im Konflikt aber ein grundlegendes Merkmal ziviler Konflikte.

3) Über Religion und Bürgerkriege

„Religion has long been peripheral to the concerns of most political scientists“, beklagte Eva Bellin vor sechzehn Jahren (2008, 315). Politikforschende konzentrierten sich nach ihr nur selten auf Analysen, welche die Rolle von Religion in den Blick nehmen. Zwei entscheidende Entwicklungen haben Religion jedoch in den Mainstream der Politikwissenschaft getragen. Erstens ist es den Forschenden, die sich mit Religion beschäftigt haben, gelungen das Thema mit umfassenderen theoretischen Fragen der Politikwissenschaft zu verknüpfen. Zweitens haben reale Ereignisse die Religion in den Mittelpunkt des aktuellen Geschehens gerückt, so dass Erklärungen aus dem Gebiet der Religionsforschung notwendig wurden.

Die historische Vernachlässigung von Religion in der vergleichenden Politikwissenschaft und IB hat ihre Wurzeln in den spezifischen Bedingungen der jeweiligen Forschungsbereiche. Die vergleichende Politikwissenschaft, die von Max Weber (1864–1920), Émile Durkheim (1858–1917) und Karl Marx (1818–1883) beeinflusst wurde, hielt zunächst an der Säkularisierungstheorie fest und betrachtete Religion als ein vormodernes Relikt, welches mit der Modernisierung untergehen sollte. In den späten 1970er Jahren wurde diese Annahme durch empirische Belege in Frage gestellt, was zu einem ersten Anstieg der Studien über die politische Bedeutung von Religion führte. Diesen Studien mangelte es jedoch oft an Wirkung, da es sich eher um deskriptive Fallstudien als um hypothesengeleitete, theoriebezogene Forschung handelte.

Für die Vertreter:innen der IB führte die Schaffung der modernen internationalen Ordnung, die aus dem Westfälischen Frieden nach 1648 hervorgegangen ist, zum formellen Ausschluss der Religion bzw. religiöser Akteure aus den internationalen Angelegenheiten. Die Grundsätze der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Belange anderer Staaten wurden 1648 kodifiziert, um die Religionskriege in Europa zu beenden. Die während des Kalten Krieges vorherrschende Denkschule der internationalen Beziehungen, die realistische Schule, spielte die Rolle der Religion weiter herunter und betrachtete Staaten als primäre Akteure, die vom Streben nach Macht und Reichtum angetrieben werden. Daran änderte selbst die konstruktivistische Wende in den Internationalen Beziehungen der 1990er Jahren zunächst wenig. Auch sie räumte der Untersuchung religiöser Identität oder Ideen keine Priorität ein (Bellin 2008, 316–319).

Ines Jacqueline Werkner (2011, 308–309) argumentiert in ihrer Erklärung der Renaissance der Religion in der Politikwissenschaft, dass der Aufstieg der Religion in der Zeit nach dem Kalten Krieg im Zusammenhang mit

zwei bedeutenden Veränderungen verstanden werden kann: Der Globalisierung, die durch den Aufstieg internationaler und transnationaler Institutionen und Akteure gekennzeichnet ist, und der Auflösung der starren, bipolaren Strukturen, die diese Ära charakterisierten. Das Ende des Kalten Krieges brachte ethnische Spannungen und Identitätskonflikte ans Licht und endete in dem, was dann als „neue Kriege“ bezeichnet worden ist. An diesen Kriegen sind verschiedene nichtstaatliche Akteure beteiligt, die das Gewaltmonopol des Staates aushöhlen. Dabei ist hervorzuheben, dass diese Konflikte nicht auf Nationalstaaten beschränkt sind. Diese Verschiebung führt zu einem Wandel in der Wahrnehmung des Krieges von staatszentrierten Interessen hin zu einem stärker kulturell geprägten Phänomen. Die Dynamik dieser Konflikte dreht sich häufig um die Ethnisierung sozialer Bindungen, welche häufig mit religiösen Elementen verwoben sind.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 markieren den eigentlichen Umbruch in der Forschung. Die Untersuchung des Einflusses von Religion auf die internationale Ordnung und Sicherheit hat in der Sozialwissenschaft seitdem zunehmend an Bedeutung gewonnen. Insbesondere der nun wahrgenommene Bedeutungsgewinn solcher transnationaler terroristischer Bewegungen, die durch Religion angetrieben werden, hat dazu geführt (Bellin 2008).

Wie Eva Bellin unterstreicht auch Anna Grzymala-Busse (2012) die Bedeutung der Religion als besonderen, einflussreichen Faktor in der Politik. Sie stellt die konventionelle Sichtweise in der Politikwissenschaft in Frage, die religiöse Identitäten und Doktrinen oft als bloße Etiketten mit geringem inhaltlichem Gehalt behandelt. Sie kritisiert auch die Tendenz, Zahlen und generalisierte Unterschiede gegenüber dem tatsächlichen Inhalt religiöser Überzeugungen in den Vordergrund zu stellen. Das Verständnis der Unterschiede und Nuancen innerhalb der Religionen sei entscheidend, um ihre Auswirkungen auf die Politik zu verstehen. Religion besitzt die einzigartige Fähigkeit, sowohl als Ideologie als auch als Identität zu dienen. Einige Sozialwissenschaftler:innen etwa betrachten Religion lediglich als eine Variante ethnischer Spaltung. Demgegenüber weist Religion jedoch bestimmte Besonderheiten auf. Religionen erheben transnationale Ansprüche, umfassen in der Regel große Bevölkerungsgruppen und stellen nationalstaatliche Grenzen in Frage. Religion ist eine Identität oder Lebensform, die ihren Anhänger:innen viel abverlangt und verschiedene Aspekte ihres Lebens beeinflusst, oft mit dem Versprechen auf übernatürliche Belohnungen (siehe in diesem Band den Beitrag von Köhrsen 2024). Die Abkehr von Religion kann, so Grzymala-Busse, schwerwiegende Folgen für eine gläubige Person haben, wie etwa die ewige Verdammnis. Zusätzlich hebt

sie die Widerstandsfähigkeit religiöser Organisationen gegenüber Repressionen hervor, insbesondere im Vergleich zu anderen gemeinschaftlichen Identitäten. Da bei religiösen Überzeugungen also viel auf dem Spiel steht, wie zum Beispiel ewige Belohnung und Bestrafung, ist die Religion in der Lage, säkularen Angriffen zu widerstehen, die ansonsten andere Typen von Identität auszuschalten vermögen.

Im Bereich Religion und Konflikt weist Isac Svensson (2019, S. 2) auf zwei weithin anerkannte Perspektiven hin. Erstens ist es weitestgehend Konsens, dass religiöse Faktoren die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs, der Eskalation und der Hartnäckigkeit von Bürgerkriegen entweder erhöhen oder verringern können. Dies impliziert, dass religiöse Dynamiken je nach Rahmenbedingungen sowohl eine positive als auch eine negative Rolle spielen können. Er bezeichnet diese Dualität als „Ambivalenz des Heiligen“ und hebt hervor, dass bestimmte Elemente innerhalb religiöser Überzeugungen, Strukturen, Institutionen und Praktiken zu massiver Gewalt, aber eben auch zu einer Abschwächung beitragen können. Trotzdem konzentrierte sich die Forschung hauptsächlich auf die negativen Aspekte von Religion und widmete ihrem friedensfördernden Potenzial nur wenig Aufmerksamkeit, insbesondere in quantitativen Studien.

Zweitens verweist Svensson auf einen allgemeinen Konsens, der davon ausgeht, dass die Beziehung zwischen Religion und Bürgerkrieg nicht monokausal ist. Religiöse Faktoren spielen zwar eine Rolle bei der Erklärung von Bürgerkriegen, aber ihr Einfluss ist konditional, probabilistisch und als alleinige Erklärung unzureichend. Insgesamt vermeiden Forschende eine übertriebene Betonung der religiösen Dimensionen von Konflikten. Stattdessen betrachten sie diese als einen Bestandteil von Erklärungen, welcher mit anderen Faktoren wie wirtschaftlichen, politischen, strategischen, psychologischen und emotionalen Einflüssen zusammenwirkt. So verlagert sich das Feld weg von simplen Fragen wie „Spielt Religion eine Rolle?“ zu differenzierteren Untersuchungen über die Bedingungen, unter denen religiöse Faktoren zur Erklärung von Kriegen, insbesondere Bürgerkriegen, beitragen.

4) Drei theoretische politikwissenschaftliche Ansätze zu Religion und gewaltförmigen Konflikten

Mit der Anerkennung der Bedeutung der Rolle von Religion in Konflikten entwickelte die Politikwissenschaft drei Denkschulen, diese Rolle differenzierter zu betrachten. Sabina A. Stein (2011, S. 21–26) fasst diese Ansätze

prägnant zusammen, Ines-Jacqueline Werkner (2011, S. 310–311) stellt weitere Erkenntnisse dazu bereit.

Die Denkschule des Primordialismus geht davon aus, dass religiöse Unterschiede grundlegende Ursachen für Konflikte sind, was eine inhärente Feindseligkeit zwischen Religionen impliziert, die Konflikte nahezu unvermeidlich macht. Samuel Huntington (1993, 1996) hat vor allem mit seiner These vom „Kampf der Kulturen“ maßgeblich zur Förderung dieser Sichtweise beigetragen. Obwohl Huntington den englischen Begriff „Civilizations“ verwendet, wird seine These als Antizipation des Konflikts zwischen Gruppen unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeiten nach dem Ende des Kalten Kriegs interpretiert. Huntington grenzt die Zivilisationen anhand ihrer Geschichte, Sprache, Kultur, Tradition und vor allem Religion ab. Ihm zufolge vertreten verschiedene Zivilisationen unterschiedliche Ansichten über grundlegende Aspekte des Lebens, was zu langwierigen und gewaltsamen Konflikten über Jahrhunderte hinweg führen kann. Auf Huntingtons These wird weiter unten noch einmal eingegangen.

Dem Primordialismus zufolge werden Konflikte durch religiöse Ungleichheiten gefördert, weil Religion eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Identität von Individuen und Gruppen spielt. Die Religion bietet den Anhängern Stabilität und Bestätigung in einem kohärenten Universum und dient als primäre Quelle für kulturelle Bedeutung. Sie verankert individuelle und gruppenspezifische Identitäten, wobei der Primordialismus behauptet, dass der religiöse Einfluss über die Zeit konstant bleibt. Wenn religiöse Rahmenbedingungen hinterfragt werden, empfinden die infrage gestellten Anhänger:innen folglich eine tiefe Bedrohung ihres Identitätskerns, was zu defensiven oder gewalttätigen Reaktionen führen kann.

Die Anhänger des Primordialismus legen nahe, dass die bloße Präsenz einer anderen Religionsgemeinschaft als Bedrohung des etablierten religiösen Rahmens empfunden werden kann. Gruppen definieren sich oft in Opposition zu „Anderen“. Wenn also eine *Outgroup* ihre Identität behauptet, gefährdet sie ungewollt die Identität der *Ingroup* bzw. Mehrheit einer Gesellschaft. Insbesondere religiös definierte Gruppen können aufgrund der mit religiösen Überzeugungen verbundenen Bräuche und Verhaltensnormen die Unterschiede zwischen den Gruppen noch verschärfen.

Der Instrumentalismus hinterfragt die Vorstellung, dass religiöse Unterschiede die Hauptursache für Konflikte sind. Stattdessen wird behauptet, dass Konflikte, einschließlich gewalttätiger religiöser Bewegungen, aus materiellen Ungleichheiten in der Gesellschaft entstehen. Laut dieser pragmatischen Sichtweise entstehen Konflikte aus Kämpfen um die Verteilung von

Ressourcen und entsprechende Machtdynamiken innerhalb oder zwischen Nationen. Hasenclever und Rittberger (2000) argumentieren zum Beispiel, dass gewalttätige religiöse Bewegungen eher das Ergebnis wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ungleichheiten als Resultate von religiösen Lehrstreitigkeiten sind.

Instrumentalisten erkennen zwar die potenzielle Rolle der Religion in Konflikten an, betrachten sie aber als ein Instrument, das von eigennützigem Eliten eingesetzt wird, um Unterstützung und militärische Gewalt für ihre eigenen strategischen Ziele zu mobilisieren. Etwa können Eliten religiöse Gefühle in der Bevölkerung manipulieren, um ihre Macht zu stärken und wirtschaftliche oder politische Ziele durchzusetzen.

Instrumentalisten verwenden primordialistische Argumente, um zu erklären, warum Eliten Religion in Konflikten ausnutzen. Konflikte erfordern eine verbindende Mission oder Identität, um eine breite Beteiligung zu mobilisieren. Die Religion kann das bieten. Wenn Konflikte religiös gerahmt werden, wird Gewalt oft moralisch gerechtfertigt, der Feind entmenschlicht und das Martyrium verherrlicht. Darüber hinaus kann Religion zur Legitimierung spezieller gewaltsamer Kampagnen eingesetzt werden, indem Letzter so mit gesellschaftlichen Moralvorstellungen in Einklang gebracht werden, selbst wenn die Ziele nicht religiöser Natur sind.

Der Konstruktivismus bietet eine andere Perspektive auf die Rolle der Religion in Konflikten. Er betont allgemein die soziale Konstruktion der Realität. Kognitive Strukturen wie Ideologie, Nationalismus, Ethnizität und Religion prägen die Identitäten und Wahrnehmungen der sozialen Akteure. Diese kognitiven Strukturen stehen nicht ein für alle Mal fest. Vielmehr werden sie sozial erzeugt und verändert, insbesondere von jenen, die sich davon Vorteile versprechen. Der Lehre des Konstruktivismus zufolge spielen diese so konstruierten kognitiven Strukturen eine konstitutive Rolle bei der Definition der Identitäten und Interessen der Akteure, was wiederum ihr Verhalten in Konflikten beeinflusst.

Religion kann einen bedeutenden Einfluss auf die Gestaltung der Identität von Individuen und Gruppen sowie auf politisches Verhalten und Entscheidungsprozesse haben. Religiöse Weltanschauungen können zu extremen politischen Entscheidungen führen, die Konfliktverhalten und Strategien beeinflussen können. Auch nicht-religiöse Akteure können durch weit verbreitete religiöse Überzeugungen innerhalb ihrer Gemeinschaften eingeschränkt werden, was wiederum ihre Handlungen und Entscheidungen beeinflussen kann.

Der Konstruktivismus erkennt die Möglichkeit an, dass Eliten religiöse kognitive Strukturen für ihre eigenen Interessen ausnutzen, weist aber auch

auf die Grenzen der Manipulation religiöser Traditionen hin. Religionen verfügen über intersubjektive Strukturen und symbolische Ressourcen, die sowohl Konflikte als auch Frieden fördern können. Als komplexe Bedeutungssysteme können Religionen auf verschiedene Weise interpretiert werden, indem sie Gewalt legitimieren oder Einheit und Versöhnung fördern.

Im Gegensatz zum Primordialismus und Instrumentalismus lehnt der Konstruktivismus die Vorstellung ab, dass religiöse Lehren unweigerlich zu Gewalt führen. Stattdessen betont er den Zusammenprall von Interpretationen, bei dem unterschiedliche Auslegungen der religiösen Lehre die Dynamik von Konflikten bestimmen. Die Rolle, die Religion in Konflikten spielt, hängt letztlich von konkurrierenden Interpretationen und nicht von einem Zusammenprall der Kulturen ab.

5) Der Islam und der Zusammenstoß der Zivilisationen

Monica D. Toft (2021, 1607–1608) hat einen bedeutenden Trend in zeitgenössischen Bürgerkriegen gefunden: Religiöse Spaltungen und Missstände spielen oft eine zentrale Rolle in bewaffneten Konflikten. Ihrer Analyse zufolge, die sich auf den Datensatz *Religious Civil War (RCW)* stützt, wurden für Ende 2014 weltweit 28 Bürgerkriege gezählt. Bei zwanzig dieser Konflikte war Religion entweder ein zentraler oder doch ein peripherer Faktor. Bürgerkriege mit Religionsbezug machten 71 Prozent aller Bürgerkriege aus. Tatsächlich gab es 2014 nur acht Bürgerkriege ohne eine religiöse oder ethnische Dimension. Beispiele für die prominente Rolle von Religion in Bürgerkriegen sind die anhaltenden Auseinandersetzungen um Kaschmir und Palästina, die sunnitischen Aufstände in Afghanistan und im Irak und die „sektiererische“ Gewalt zwischen den Bevölkerungs- und Religionsgruppen in Syrien, die seit 2011 schätzungsweise 300.000 bis 400.000 Todesopfer gefordert hat.¹ Die meisten der Kriege in diesen Gebieten betreffen Regionen mit einer muslimischen Mehrheit oder Minderheit. Toft (2007, 2021) warf

1 Die Studie von Lars-Eric Cederman und Yannick Pengl (2019) enthält aktuelle Statistiken über ethnische Bürgerkriege. Sie definieren Ethnizität als ein subjektiv empfundenes Gefühl der Gemeinsamkeit, das auf dem Glauben an eine gemeinsame Abstammung und Kultur, einschließlich Religion, beruht. Indem sie diese Konflikttypen seit 1946 verfolgen, stellen sie fest, dass zwischenstaatliche Konflikte seit dem Zweiten Weltkrieg selten waren, und dieser Trend sich nach 2015 mit höchstens zwei Konflikten und keiner deutlichen Zunahme fortsetzt. Im Gegensatz dazu sind innerstaatliche Konflikte häufiger geworden, insbesondere seit der Ausweitung des staatlichen Systems nach der Entkolonialisierung in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Häufigkeit ziviler Konflikte erreichte in den ersten Jahren nach dem Kalten Krieg einen

die Frage auf, ob der Islam für diese Art von ethnischer Gewalt verantwortlich gemacht werden sollte.

Wissenschaftler:innen haben sich eingehend mit dem Zusammenhang zwischen Islam und Gewalt befasst, vor allem aufgrund der unverhältnismäßig hohen Beteiligung von Ländern mit muslimischer Mehrheit an innerstaatlichen Kriegen. Einige haben argumentiert, dass bestimmte Eigenschaften des islamischen Glaubens seine Anhänger:innen anfälliger für Konflikte macht. Dies wirft die Frage auf, ob Länder mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit häufiger von Konflikten betroffen sind und, falls ja, ob die Religion der Mehrheit eine Rolle spielt.

Ein primordialistischer Ansatz würde argumentieren, dass der Islam eine, wenn nicht die Ursache für Konflikte ist. Huntingtons Forschung vertritt diese These. Er argumentierte 1996 (S. 258), dass alle verfügbaren Daten die gleiche Schlussfolgerung zulassen: In den frühen 1990er Jahren waren Muslime in mehr Gewalt zwischen Gruppen verwickelt als Nicht-Muslime, und zwei Drittel bis drei Viertel der zivilisationsfeindlichen Kriege fanden zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen statt. „Islam’s borders are bloody, and so are its innards.“ (ebd.; Hervorhebung im Original)

Huntingtons ursprünglicher Gedanke war, dass die religiösen Bruchlinien zwischen den Zivilisationen die politischen und ideologischen Grenzen des Kalten Krieges als Brennpunkt für Krisen und Blutvergießen ablösen. Mit anderen Worten, er konzentrierte sich auf den Zusammenprall der Zivilisationen, wie den zwischen ‚dem Westen‘ und ‚dem Islam‘, als Vorstufe zu Konflikten und Kriegen zwischen Nationen und Staaten (1993, 29ff). 1996 erweiterte er jedoch seine Argumentation in *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order* auch auf Konflikte innerhalb von Staaten. Er schrieb, dass Bruchlinienkonflikte auch kommunale bzw. innerstaatliche

Höchststand, ging dann allmählich zurück, stabilisierte sich in den frühen 2000er Jahren, stieg dann aber in den frühen 2010er Jahren sprunghaft an und erreichte 2015 und 2016 ihren höchsten Stand. Im letzten Jahr der Beobachtung ging die Rate zwar leicht zurück, blieb aber hoch. Bei der Aufschlüsselung nach der Art der internen Konflikte zeigt die Studie, dass die jüngste Zunahme der Konflikte in erster Linie auf nicht-ethnische Konflikte und gerade nicht auf ethnische Konflikte zurückzuführen ist. Interessanterweise haben nicht-ethnische interne Konflikte in den letzten Jahren zugenommen, während ethnische Konflikte früher dominanter waren. Betrachtet man jedoch die Konfliktintensität und nicht die Anzahl der Konflikte, so dominieren nach wie vor ethnische Konflikte, auch wenn die ethnische Konfliktintensität seit Mitte der 1990er Jahre in der Tendenz abgenommen hat. Dieser gemischte Trend deutet auf ein komplexes Szenario hin, bei dem sowohl ein Rückgang der Konflikte im Zusammenhang mit der ethnischen Zugehörigkeit als auch ein Anstieg der nicht-ethnischen Fälle zu verzeichnen ist, was teilweise darauf zurückzuführen ist, dass der Syrienkrieg nicht mehr so intensiv geführt wird.

Konflikte zwischen Staaten oder Gruppen unterschiedlicher Zivilisationen sind. Konflikte dieser Art, die in Gewalt eskaliert sind, definiert er als Bruchlinienkriege. Sie können zwischen Staaten, zwischen nicht-staatlichen Gruppen oder zwischen Staaten und nicht-staatlichen Gruppen auftreten. An innerstaatlichen Bruchlinienkonflikten können auch Gruppen beteiligt sein, die sich überwiegend in geografisch getrennten Gebieten befinden. In solchen Fällen kämpft die oppositionelle Gruppe in der Regel für ihre Unabhängigkeit und ist unter Umständen nicht bereit, sich mit weniger zufrieden zu geben. An innerstaatlichen Konflikten können aber auch Gruppen beteiligt sein, die geografisch gemischt sind. In solchen Fällen können die angespannten Beziehungen gelegentlich in Gewalt ausarten, wie im Falle von Hindus und Muslimen in Indien oder Muslimen und Chinesen in Malaysia. Insbesondere bei der Gründung neuer Staaten und der Festlegung ihrer Grenzen kann es zu offenen Kämpfen kommen, die zu brutalen Versuchen der gewaltsamen Trennung von Völkern führen (Huntington 1996, 252).

In seiner Analyse zur höheren „muslimischen Konfliktneigung“ nennt Huntington sechs Ursachen. Von besonderem Interesse ist hier seine Erklärung der „innerislamischen Gewalt“ (1996, 263–265), für die er drei Hauptursachen benennt. Erstens führte er das Argument der Viktimisierung der Muslime durch den westlichen Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert an. Die Gewaltneigung der Gegenwart sei eine Reaktion auf die wahrgenommene und ausgenutzte muslimische Schwäche der Kolonialzeit, die sie damals zu attraktiven Zielen für nicht-islamische Gruppen macht. Dieses Argument vergleicht muslimische Gruppen mit historisch unterdrückten Bevölkerungsgruppen wie den amerikanischen Ureinwohnern. Dieses Opferargument greift laut Huntington jedoch zu kurz, wenn es darum geht, heutige Konflikte zwischen muslimischen Mehrheiten und nicht-muslimischen Minderheiten in Ländern wie Sudan, Irak, Iran und Indonesien zu erklären. Zweitens trägt das Fehlen eines dominanten Zentrums innerhalb des Islam sowohl zu inner- als auch zu außerislamischen Konflikten bei. Da es in der muslimischen Welt keine klare Führungspersönlichkeit oder -macht gibt, wetteifern Staaten wie Saudi-Arabien, Iran, Pakistan, die Türkei und möglicherweise Indonesien um diese Position. Sie besitzen aber alle keine hinreichende Autorität, um Konflikte innerhalb des Islams oder zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Gruppen wirksam zu schlichten. Zusätzlich stellen das starke Bevölkerungswachstum und die hohe Zahl arbeitsloser junger Männer im Alter von fünfzehn bis dreißig Jahren in den muslimischen Gesellschaften eine natürliche Quelle für Instabilität und Gewalt dar. Allein dieser Faktor trug wesentlich zur muslimi-

schen Gewalt in den 1980er und 1990er Jahren bei. Huntington geht davon aus, dass in dem Maße, wie diese Generation altert und die wirtschaftliche Entwicklung in den muslimischen Gesellschaften voranschreitet, die muslimische Gewalt zurückgehen und die Häufigkeit sowie Intensität von Bruchlinienkriegen in Zukunft abnehmen könnte.

Huntingtons Einteilung der Welt in verschiedene Zivilisationen löste bekanntlich Debatten und Kontroversen aus, insbesondere hinsichtlich der Rolle der Religion in Konflikten. Die Kritik zu Huntington argumentiert, dass die Einteilung in Zivilisationen komplexe kulturelle und politische Dynamiken zu stark vereinfacht und so zu essentialistischen Interpretationen von Konflikten führt (siehe Amartya Sen 2006, 10–12, 40–60). Andere, wie Yuval Noah Harari (2018, 94), argumentieren, dass der islamische Fundamentalismus in der Tat – wie von Huntington vorhergesagt – eine radikale Herausforderung darstellt, aber die Zivilisation, die er herausfordert, ist eher eine globale Zivilisation als ein ausschließlich westliches Phänomen. Es sei kein Zufall, dass es dem Islamischen Staat (ISIS) gelungen sei, den Iran und die Vereinigten Staaten gegen ihn zu vereinen, erinnert er seine Leser.

Arjun Appadurai (2006, 115–116) legt eine nuancierte Analyse von Huntingtons Argumenten vor und geht sowohl auf dessen Stärken wie Schwächen ein. Zunächst kritisiert er die These vom „Kampf der Kulturen“ wegen ihrer zu stark vereinfachten Darstellung der Zivilisationen, die von rassischen, geografischen und religiösen Faktoren beeinflusst wird. Appadurai argumentiert, dass Huntingtons Darstellung die Komplexität kultureller Dynamiken nicht erfasst, dass globale Interaktionen zwischen Zivilisationen, interne Debatten innerhalb geografischer Regionen und die Existenz von Hybridität zwischen Zivilisationen außer Acht gelassen werden.

Appadurai weist jedoch auch auf Huntingtons Einsicht in ideologisch motivierte und zeitgenössischen Konflikte hin. Er stimmt mit Huntingtons Beobachtung überein, dass wir in eine Ära eingetreten sind, die von Konflikten geprägt ist, die ausschließlich auf Ideologie beruhen. Dies steht im Gegensatz zu früheren Annahmen über das „Ende der Ideologie“ oder das „Ende der Geschichte“. Im Einklang mit Werkner (2011, 213) erkennt Appadurai nebst ihrer Kritik den bedeutenden Beitrag Huntingtons mit der zentralen Platzierung von Religion innerhalb der internationalen Beziehungen an.

Mit anderen Worten: Auch wenn Huntingtons Schwerpunkt auf zivilisatorischen Konflikten als reduktionistisch gilt, da er die vielschichtige Natur in Form von kulturellen und religiösen Unterschieden innerhalb von Konflikten übersieht, kann nicht geleugnet werden, dass innerzivilisatorische

bzw. damit auch intrareligiöse Konflikte im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zugenommen haben. Zu diesem Ergebnis kommen auch Howard Brasted, Imran Ahmed und Shafi Md. Mostofa (2021, 396). Das arabische Kernland des Islam ist heute eine Region, die mit Bürgerkriegen in Syrien, im Irak, in Libyen und im Jemen, mit weit verbreiteten regierungsfeindlichen Unruhen und sektiererischer Gewalt im gesamten Nahen Osten in sich selbst gespalten und damit gegen sich selbst gerichtet ist. Um diesen Sachverhalt zu erklären, müssen das *Sektenwesen* in der MENA-Region und die verschiedenen Ansätze, die zu seiner Untersuchung verwendet werden, herangezogen werden.

6) Sektierertum und das Paradox im Nahen Osten

Fanar Haddad et al. (2022, 183) argumentieren, dass sektiererische Identität eine „particular, but not inherently singular or static form of social division“ ist. Sie definieren Sektierertum vielmehr als „a constructed, contextual, and multilayered sense of group belonging that comes from affiliating oneself or being categorized or registered as a member of a particular sect against a specific domestic or geographical context. It is a component of ‘Us-ness’ that also defines a ‘Them-ness’ in political discourse“ (185).

Der wandelbare Charakter des Sektierertums ist in der MENA-Region zu beobachten. Durch die US-Invasion im Irak 2003 und die Aufstände in der MENA-Region 2011 wurde die Identitätspolitik wieder in den Vordergrund gerückt. Die US-geführte Invasion des Irak im Jahr 2003 hat die regionale Machtdynamik gestört. Sie ersetzte das sunnitisch dominierte Regime von Saddam Hussein durch ein schiitisch dominiertes. Die Verschiebung verstärkte den Einfluss des Irans im arabischen Nahen Osten und führte zu Gegenreaktionen Saudi-Arabiens, was die Spaltung zwischen Sunniten und Schiiten weiter verschärfte. Die Massenproteste im Dezember 2010 in Tunesien lösten eine Welle politischer Unruhen aus, die als arabische Aufstände bzw. als arabischer Frühling bekannt wurden, was aber die Spannungen zwischen den verschiedenen konkurrierenden Gruppen im Islam in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens weiter verschärfte. Von religiösen oder religiös-ethnischen Minderheiten geführte Regime wie etwa die sunnitische Monarchie in Bahrain oder die alawitische Minderheit in der Republik Syrien nutzten innerislamisch-konfessionelle Unterschiede als Waffe, um demokratische Opposition gegen ihre Regime zu unterdrücken. Regionalmächte wie Saudi-Arabien und der Iran nutzten sektiererische Diskurse, um die Unterstützung von Vertretern jener Sekten zu gewinnen

und in die Innenpolitik destabilisierter Staaten wie Jemen, Syrien, Libanon und Irak einzugreifen (Haddad et al. *ibid*; Lasse Lykke Rørbæk 2019, 24).

Doch gerade als es den Anschein hatte, dass sektiererische Gefühle die regionale Öffentlichkeit weitestgehend beherrschen, trat nicht einmal ein Jahrzehnt später ein gegenteiliges Phänomen auf, das Haddad et al. (182) hervorheben. Im Jahr 2019 mobilisierten Libanesen und Iraker mit unterschiedlichem religiösen Hintergrund landesweit gemeinsame Proteste, um grundlegende Änderungen an ihren politischen Systemen zu fordern, die historisch entlang konfessioneller Linien und damit von exklusiven Gruppenzugehörigkeiten organisiert worden sind. Obwohl diese Demonstrationen letztlich unterdrückt wurden, zeigt diese Diskrepanz doch, dass sich die konfessionellen Identitäten also im Zeitverlauf verändert und verschoben haben. Darin zeigt sich die Komplexität des Themas generell. Die Erscheinungsformen von Sektierertum können im Laufe der Zeit variieren. Das Gleiche gilt für die Stärke der Präferenzen von Akteuren, die interagieren, konkurrieren und sich auf der Grundlage ihrer erklärten Zugehörigkeit abgrenzen (*ebd.*, 186). Wie erklären wir also diese Unterschiede? Wie lässt sich die Entstehung und Veränderung dieser Identitäten in der MENA-Region erklären? Forschende haben mehrere Ansätze entwickelt, um diese Frage zu beantworten. Im folgenden Abschnitt werden vier davon vorgestellt.

Fanar Haddad et al: Annäherung an sektiererische Identitäten

Haddad et al. (2022, 186–187) zufolge sollten drei alternative Forschungsansätze verwendet werden, um die Variabilität von Identitäten zu erklären: Konstruktivismus, Instrumentalismus und Institutionalismus. Obwohl der Konstruktivismus und der Instrumentalismus bereits allgemein diskutiert wurden, lohnt es sich, ihre Perspektiven auf die Identität der „Sekten“, d.h. hier innermuslimischer Sondergruppen mit je eigenem Islamverständnis, zu untersuchen.

Der Konstruktivismus hinterfragt den Prozess der Identitätsbildung und -umwandlung, indem er ihn mit vergangenen institutionellen Konfigurationen und Interaktionen in Verbindung bringt. Dieser Sichtweise zufolge entstehen sektenartige Identitäten als Produkte historischer Praktiken, die vom Kolonialismus bis zum Kapitalismus reichen und in neuartigen Formen der Zugehörigkeit gipfeln. Diese neuen Identitäten werden eher als moderne Konstrukte und nicht als inhärente Eigenschaften betrachtet, die aber trotzdem in der Gegenwart durchaus eine eigene Beständigkeit und Funktionalität aufweisen.

Im Gegensatz dazu untersucht der Instrumentalismus, wie sektiererische Identitäten politisiert werden, und verweist auf Strategien, die von sektiererischen Eliten oder „Identitätsunternehmern“ eingesetzt werden. Während der Konstruktivismus die sektiererische Identität als eine ideelle Innovation betrachtet, betont der Instrumentalismus, wie „Sektenunternehmer“ solche Formationen in ihrem Streben nach politischen und wirtschaftlichen Gewinnen manipulieren und nutzen können. Daher spielen sektiererische Eliten eine zentrale Rolle bei der Politisierung, aber auch Depolarisierung sektiererischer Identitäten und Mobilisierungsformen.

Der Institutionalismus schließlich konzentriert sich darauf, wie die formale institutionelle Gestaltung politischer Systeme sektenartige Identitäten und Konflikte verschärfen oder abschwächen kann. Die Fluktuation sektiererischer Praktiken im Zeitverlauf wird nicht nur auf ihre konstruierten Ursprünge und ihre instrumentelle Ausnutzung zurückgeführt, sondern auch auf die Anreize, die durch politische Strukturen geschaffen werden. So können beispielsweise Unterschiede in den politischen Systemen (demokratisch versus autoritär) und den Wahlgesetzen (Mehrheitswahlrecht versus Verhältniswahlrecht) Aktivisten und Eliten dahingehend beeinflussen, dass sie bestimmte Arten von Identität gegenüber anderen bevorzugen (ebd.). Auf Identitätspolitik basierende Regime wie die im Libanon und im Irak dienen in diesem Rahmen als Beispiele.

Paul Dixon: Konstruktiver Realismus

Paul Dixon (2018) stellt den Ansatz des *Konstruktivistischen Realismus* als Kritik an den Theorien des Primordialismus und des Instrumentalismus vor. Während Konstruktivismus und Realismus wegen der unveränderlichen Grundannahmen im Realismus oft als unvereinbar wahrgenommen werden, bietet der konstruktivistische Realismus eine nuancierte Perspektive. Er erkennt die Welt als soziales Konstrukt an und erkennt gleichzeitig eine objektive materielle Realität an, die diese Konstruktionen prägt. Konstruktivisten und Realisten teilen grundlegende Annahmen über die Unausweichlichkeit von Macht, die Unvermeidbarkeit von Unterschieden und Konflikten, sowie die Notwendigkeit, die Machtverhältnisse, das Eigeninteresse und die Heuchelei politischer Akteure aufzudecken.

Im Gegensatz zu den konstruktivistischen Idealisten und Instrumentalisten haben die konstruktivistischen Realisten ein größeres Bewusstsein für die Sachzwänge, welche politische Akteure beeinflussen, und für die schwierigen und sogar tragischen Entscheidungen, die sie treffen müssen. Diese realistische Analyse der Politik, so argumentieren sie, führt zu besse-

ren Forschungsergebnissen, da sie ein genaueres Verständnis der Welt vermittelt und die Kompromisse sowie die Komplexität der Politik anerkennt.

Der konstruktivistische Realismus schließt sich der Kritik des Instrumentalismus an essentialistischen, primordialen Interpretationen von Identität an und betont die Rolle, die Gruppen und Ideologien in gewaltsamen Konflikten spielen. Allerdings unterscheiden sich die konstruktivistischen Realisten in mehreren Aspekten:

1. Skepsis gegenüber großen Erzählungen und Reduktionismus: Sie lehnen universelle Theorien zugunsten eines kontextbezogenen Ansatzes ab, welcher der Komplexität und Vielfalt von Konflikten Rechnung trägt.
2. Die Komplexität von Identitäten: Sie erkennen an, dass Identitäten fließend oder starr sein können. Sie stellen essentialistische Argumente in Frage und betonen die Schwierigkeit, tief verwurzelte Gruppenidentitäten zu manipulieren.
3. Struktur und Agency: Sie erkennen an, dass politische Eliten von Gruppenidentitäten beeinflusst werden, und plädieren für ein nuanciertes Verständnis des Zusammenspiels von Struktur und Handlungsfähigkeit in der Politik.
4. Verständnis für die Überzeugungen der Bevölkerung: Sie weisen darauf hin, dass das Volk nicht unbedingt gutmütig ist und Analysen nicht davon ausgehen können, dass die Bevölkerung demokratischen Ideale unterstützt. Sie heben insbesondere die potenziellen Diskrepanzen zwischen den Einstellungen und dem Wahlverhalten hervor.

Im Wesentlichen verbindet der Konstruktivistische Realismus gewisse Elemente des Realismus und des Idealismus und betont die moralischen Dimensionen der Politik im Kontext der Zwänge und Möglichkeiten, denen sich die politischen Akteure gegenübersehen. Er erkennt die Notwendigkeit einer ethischen Argumentation an, um die moralisch schwierigen Entscheidungen und tragischen Dilemmata der Politik zu bewältigen. Insgesamt hebt Dixon also den nuancierten Ansatz des konstruktivistischen Realismus hervor, der den Schwerpunkt auf eine kontextspezifische Analyse legt, die Komplexität von Identitäten anerkennt, die Zwänge politischer Akteure berücksichtigt und sich mit den moralischen Dilemmata in politischen Entscheidungen auseinandersetzt.

Elham Manea: Kontextueller Realismus

Um die Bürgerkriege und den Zusammenbruch einiger Länder in der MENA-Region nach den Aufständen von 2011 zu verstehen, schlägt Elham Manea (Juni 2024) einen *Kontextualisierten Realismus* vor. Sie unterscheidet

dabei zwischen den Staatstypen in der Region, ihrem Staatsbildungsprozess und dem regionalen und internationalen Kontext.

Manea (2024, Kapitel eins) argumentiert, dass es in der arabischen MENA-Region zwei verschiedene Arten der Staatsbildung gibt. Der erste Typus besteht aus Ländern, die sich durch alte Staaten und Gesellschaften auszeichnen, wie Ägypten, Tunesien und in geringerem Maße auch Marokko. Diese Länder verfügen über eine lange Tradition eines zentralisierten Staatsapparats und eine klar definierte nationale Identität. Die zweite Art von Ländern besteht aus neuen Staaten mit alten Gesellschaften. Als junge Staaten mit wenig zusammenhängender nationaler Identität weisen sie eindeutig gesellschaftliche Spaltungen entlang ethnischer Zugehörigkeiten auf; dazu gehören Stammes-, religiös-sektiererische, sprachliche und/oder regionale Konfliktlinien. Beispiele für diese Ländergruppe sind der Jemen, Syrien, Libyen und der Irak.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Staatengruppen zeigt sich in ihren politischen Eliten. Er trägt wesentlich zum Verständnis dafür bei, warum die Absetzung des tunesischen und des ägyptischen Präsidenten ohne Blutvergießen vonstattenging, während die Absetzung des jemenitischen und des libyschen Präsidenten sowie der Versuch der Absetzung Assads in Syrien zum Zusammenbruch der Länder und/oder Ausbruch von Bürgerkriegen führten.

Sowohl in den alten als auch in den neuen Staaten spielt die politisch relevante Elite (PRE), wie sie von Volker Perthes (2004, 5) beschrieben wird, eine entscheidende Rolle in der Gestaltung der staatlichen Politik. In ethnisch geprägten Staaten wie Libyen, Syrien, Bahrain und Jemen ist die Machtbasis in den konfessionellen, stammesbezogenen, religiösen und/oder regionalen Gruppen verwurzelt, aus denen die politischen Eliten hervorgehen oder von denen sie abhängig sind. Diese Unterstützung ist für das allgemeine Fortbestehen und Überleben des politischen Systems unerlässlich (Manea 2011, 28). Im Gegensatz dazu haben Länder wie Ägypten und Tunesien, in denen es keine ausgeprägten ethnischen Marker gibt, vermehrt Machtstrukturen mit Klientelismus und Patronagebeziehungen.

Um die verschiedenen Ergebnisse der arabischen Aufstände zu verstehen, ist es notwendig, den Staat selbst in die Analyse einzubeziehen. Die Entstehungsmomente und Entwicklungsprozesse müssen im Zusammenhang mit spezifischen Kontextfaktoren betrachtet werden. Dieser interdisziplinäre Ansatz stellt festgefahrene Paradigmen in Frage und entfernt sich von eurozentrischen Perspektiven und postkolonialen Sichtweisen.

Kontextueller Realismus² ist ein Ansatz, der von Manea in ihrem Band *The Yemeni Civil War. The Arab Spring, State Formation, and Internal Instability* (2024) eingeführt wird. Er kombiniert Elemente realistischer und konstruktivistischer Ansätze und argumentiert, dass die Interaktion zwischen den verschiedenen Arten der Staatsbildung und den jeweiligen regionalen Kontexten den Zerfall von Ländern wie Jemen, Syrien und Libyen in ethnische (sektiererische und Stammes-) Kriege und den Erhalt des bahrainischen Systems trotz seiner Ähnlichkeit erklären kann. Dieser Ansatz wird auf den jemenitischen Bürgerkrieg als Fallstudie angewandt.

Der kontextuelle Realismus hat zwei miteinander verknüpfte Analyseebenen.

Die erste, interne Ebene befasst sich mit der Staatsbildung des beobachteten Landes. Fünf interne und externe Faktoren sind für die Staatsbildung entscheidend:

- a) Die Art der sozialen Strukturen und die Rolle, die sie spielen, in Verbindung mit dem Erbe der Geographie,
- b) religiöse Überzeugungen und ihre politischen Auswirkungen, falls anwendbar,
- c) das Erbe der osmanischen und kolonialen Herrschaft und die Rolle der lokalen Eliten während dieser Zeit,
- d) Ideologien, einschließlich Panarabismus und Panislamismus und
- e) die Rolle der politischen Eliten in der Zeit nach der Unabhängigkeit/Protektorat.

Die zweite, externe Ebene ist die regionale und internationale Ebene. Auf dieser Ebene werden der operative Kontext, in dem jedes Land agiert, und die Art der beteiligten politischen Akteure untersucht. Der Ansatz stützt sich auf einschlägige Theorien der internationalen Beziehungen, die auf den Nahen Osten anwendbar sind, und passt diese an, um fünf Schlüsselfaktoren zu ermitteln, die das Ergebnis beeinflusst haben. Im Fall des Jemen sind dies das internationale System, das regionale zwischenstaatliche System, staatenübergreifende Identitäten, die Staatsbildung der beteiligten Akteure (wie Saudi-Arabien) und die Blackbox der Entscheidungsprozesse.

Dieser Ansatz hat Vorteile. Er erkennt den bedeutenden Einfluss des osmanischen und kolonialen Imperialismus auf die Staatsgebilde in der Region an. Er erweitert jedoch dieses Verständnis, indem er tiefer in die interne Dynamik des Staates vordringt und andere Faktoren von gleicher Bedeutung einbezieht. Der Ansatz konzentriert sich auf einen zu beobach-

2 Der folgende Abschnitt beruht auf Manea (Juli 2024), Kapitel 1.

tenden Staat und stellt Fragen wie: Was charakterisierte den untersuchten Staat vor der Ankunft der Osmanen? Aus welchen Regionen bestand er? Welche politischen und sozialen Strukturen und religiösen Überzeugungen herrschten vor? Wie haben diese Strukturen zusammen mit den politischen Implikationen der religiösen Lehren und den geographischen Gegebenheiten des beobachteten Staates dessen Staatsformung geprägt? Wie wirkten sich Ideologien (Panarabismus und Islamismus) auf die Gestaltung der Staaten nach der Erlangung der Unabhängigkeit aus? Welche Art von Kernen und -gruppen gab es während der osmanischen und kolonialen Zeit? Wie haben sie die spätere Politik geprägt? Welche politischen Eliten kamen an die Macht, nachdem die anderen sie verloren? Welche Politik verfolgten sie?

Bei der Anwendung dieses Ansatzes auf den Jemen lassen sich zwei Faktoren identifizieren, die in der Geschichte des Nordjemen zum Entstehen von Sektenkonflikten und Kriegen beigetragen haben. Der erste Faktor sind die sozialen Strukturen, vor allem die Stammesstrukturen, in Verbindung mit dem Einfluss der Geografie, einschließlich der Topografie und der wirtschaftlichen Ressourcen (bzw. des Mangels daran), und ihrem Zusammenspiel mit den politischen Auswirkungen des religiösen Aufrufs der Zaydi zu Aufständen, bekannt als *Khuruj*.³ Das Ergebnis waren Instabilität und Militäraktionen, die sich gegen sunnitische Regionen richteten.

3 Der Zydismus ist ein Ableger des schiitischen Islam und hat zwei einzigartige religiös-politische Grundsätze. Der erste Grundsatz lautet: Wenn ein *Imam* (Herrscher) ungerecht ist, ist es legitim, einen formellen Aufruf zur Treue (*da'wa*) und zur Revolte (*khuruj*) gegen die Unterdrückung zu machen. Daher kann die zaidische Doktrin des *khuruj*, was auf Arabisch "Aufbruch" oder "Ausgang" bedeutet, als offene Herausforderung ungerechter Autorität und aktives Aufbegehren gegen unrechtmäßige Herrscher oder Unterdrückung definiert werden. Außerdem wurde nach der Ankunft der Zaydis im Jemen ein zweiter Grundsatz eingeführt, der das Recht, Imam zu sein, auf die Nachkommen des Propheten Mohammed beschränkt. Das Prinzip der *khuruj* erwies sich jedoch in Verbindung mit den Stammesstrukturen des Oberjemen als problematisch. Verschiedene Imame, von denen jeder den Anspruch erhob, der rechtmäßige Führer zu sein und gegen einen ungerechten zu kämpfen, suchten die Unterstützung verschiedener Stammesführer. Die Stämme schlossen sich den verschiedenen kriegführenden Imamen als Einkommensquelle an, da es an anderen wirtschaftlichen Möglichkeiten mangelte. Dies führte zu militärischen Expansionen im sunnitischen, fruchtbaren Unterjemen, dem reichsten landwirtschaftlichen Gebiet im Nordjemen zu dem Ibb und Taiz gehören. Bernard Haykel (2003, 38) berichtet, dass einige Imame die sunnitische Bevölkerung im Unterjemen und in den südlichen Regionen als Ungläubige bezeichneten, was wichtige politische und wirtschaftliche Auswirkungen hatte. Dies rechtfertigte die anhaltenden Kriegsanstrengungen in diesen Regionen auch nach der Vertreibung der Osmanen im Jahr 1635. Die Kriege wurden als *Dschihad* betrachtet: als religiöser Kampf. Dies ermöglichte es den Imamen, "Stammesangehörige zum Dienst zu ver-

Der derzeitige Bürgerkrieg im Jemen hat zum Aufstieg der Houthi-Miliz und zur Radikalisierung des zaidischen Islams in der Region Saada im Nordjemen geführt. Dieses Ergebnis ist auf die Rolle der politischen Eliten im Norden und ihre Überlebenspolitik zurückzuführen. Obwohl die nördlichen Eliten dem zaidischen Islam anhängen, gehörten sie einer anderen ethnischen Gruppe an. Sie förderten den sunnitischen salafistischen Islam und die Ideologie der Muslimbruderschaft, um dem vom kommunistischen Südjemen und den linksgerichteten Militanten in den Grenzgebieten exportierten Kommunismus entgegenzuwirken. Zwischen 1974 und 2001 baute das Regime mit Unterstützung seines regionalen Verbündeten Saudi-Arabien zwei parallele islamische Infrastrukturen im Jemen auf: Schulische Institute (*ma'ahid 'ilmiya*) der Muslimbruderschaft und *salafistische Einrichtungen* (Shuja al-Deen 2021, 37). Diese Institutionen trugen dazu bei, konfessionellen Zwist und Spaltung in der jemenitischen Gesellschaft hervorzurufen, und drangen in das Kernland des zaidischen Islam in Saada ein. Die Houthi-Miliz kam als Ergebnis einer zaidischen Erweckungsbewegung an die Macht, die durch die wirtschaftliche und politische Ausgrenzung von Saada sowie durch salafistische Predigten gegen den zaidischen Islam radikalisiert wurde.

Daniel Neep: Das osmanische Erbe

Daniel Neep (2021, 1838 ff) bietet einen nuancierten historischen Ansatz für die Entstehung sektenartiger Identitäten im Nahen Osten. Er betont, wie wichtig es ist, die Dynamik vor dem Ersten Weltkrieg bei der Herausbildung sektiererischer Identitäten zu verstehen, und ermutigt die Wissenschaftler:innen daher, ihren historischen Horizont über das späte zwanzigste und frühe einundzwanzigste Jahrhundert hinaus zu erweitern. Das erlaubt Ethnizität, Sektierertum und Identitätspolitik im Nahen Osten besser zu verstehen. Er kritisiert, dass die aktuelle Forschung die historischen Wurzeln sektiererischer Identitäten vernachlässigt, die er für ein genaues Verständnis als entscheidend erachtet.

Neep argumentiert, dass die sektiererischen Identitäten des einundzwanzigsten Jahrhunderts im Nahen Osten ihre Wurzeln in den Veränderungen haben, die in den späteren Jahren des Osmanischen Reiches stattfanden.

pfllichten und Sondersteuern zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen zu erheben." Infolgedessen wurden die schafitischen Gebiete als Teil des "Hauses des Krieges" (*dar al Harb*) betrachtet, d. h. als legitime Angriffsziele. Andererseits lag es im Ermessen des Imams, nach einer Eroberung die Ländereien als Kriegsbeute zu enteignen und sie als eroberte Ländereien zu betrachten, auf die eine höhere Grundsteuer (*kharaj*) erhoben wurde.

Die Untersuchung der sektiererischen Identität, ohne ihre Wurzeln in den Veränderungen der Zeit vor 1914 zu erforschen, ist vergleichbar mit der Erforschung der Staatsbildung, ohne den osmanischen Staatsaufbau zu berücksichtigen: Sie verkennt – so Nepp – den Schwerpunkt der Analyse. Denn im Laufe des ereignisreichen 19. Jahrhunderts kristallisierten sich aus vagen und undeutlichen sozialen Bräuchen allmählich klare Trennungen zwischen kommunalen Gruppen heraus, die nun auf der Grundlage von Sekten, ethnischer Zugehörigkeit oder Nationalität scharf abgegrenzt wurden.

Die neue osmanische Geschichtsschreibung präsentiert eine Darstellung der vormodernen Religion und Gesellschaft im Nahen Osten, die dem Leser des 21. Jahrhunderts zunächst verwirrend erscheinen mag. Jahrhunderte gab es kaum scharfe Abgrenzungen zwischen religiösen Praktiken, insbesondere in ländlichen Regionen mit geringer Alphabetisierungsrate, in denen formale religiöse Strukturen nur minimalen Einfluss hatten. Über religiöse Grenzen hinweg war die volkstümliche Verehrung von Heiligen, Pilgerstätten, Grabstätten, heiligen Gegenständen und verehrten Naturelementen weit verbreitet; zeremonielle Handlungen wie Gebet, Niederwerfung, Umarmung und Taufe wurden von Muslimen, Christen und Juden gleichermaßen befolgt. Die Schaffung einer gemeinschaftlichen Identität stellte oft eine Herausforderung dar. Im Libanongebirge war die Unterscheidung zwischen „drusischen“ und „maronitischen“ christlichen Elitefamilien so unscharf, dass die tatsächliche religiöse Zugehörigkeit des Einzelnen unklar blieb. In Homs konnten die Einwohner nicht zwischen Predigern sunnitischer und schiitischer Tradition unterscheiden. Auch in den abgelegenen Regionen des Irak, wo die Unterscheidungen zwischen Religionen und Ethnien ebenso nebulös waren, herrschte diese Unklarheit.

Wie kam es also dazu, dass sich diese fließenden Identitäten in die starren Kategorien verwandelten, die uns heute vertraut sind? Nepp nennt fünf von Historikern genannte Faktoren, die für die Entstehung der sektiererischen Identität im osmanischen Bilad al-Sham (Großsyrien) und im Irak maßgeblich waren.

Der erste ist die Wiederherstellung der osmanischen Zentralgewalt in der Region. Sie zielt darauf ab, die provinziellen Eliten, die ihre eigenen autonomen lokalen Machtbasen aufgebaut hatten, zu verdrängen und die *Tanzimat-Reformen*, die im osmanischen Reich zwischen 1839 und 1876 stattfanden, in den Bereichen Regierung, Besteuerung und Repräsentation durchzuführen. Der zweite Aspekt ist die Gegenreaktion auf diese Reformen. Da die Tanzimat auch eine formale rechtliche Gleichstellung zwischen den Religionen einführte und die Position der untergeordneten

Christen, Drusen und Alwaiten gegenüber den sunnitischen muslimischen Eliten verbesserte, war es den lokalen Honoratioren möglich, ihre Opposition gegen die Reformen in kommunal-religiösen Begriffen zu formulieren. Drittens schuf die veränderte Lage der arabischen Provinzen inmitten der sich rasch wandelnden Weltwirtschaft neue Gewinner und Verlierer. Vor allem christliche Kaufleute konnten sich besser als Vermittler für den europäischen Handel positionieren, was ihre bewusste Identifikation mit einer größeren transnationalen christlichen Gemeinschaft förderte. Viertens brachte die zunehmende Einbindung ausländischer Akteure – von Diplomaten über Missionare bis hin zu unabhängigen Reisenden – neue Sichtweisen auf die Welt, neue materielle und geopolitische Interessen sowie neue Quellen für die Unterstützung lokaler Kämpfe in die Region. Schließlich bot die wachsende globale Bedeutung der „Rasse“ als eine sich entwickelnde politische und identitätsstiftende Kategorie, die durch die Verbreitung vermeintlich wissenschaftlicher Diskurse über Rassismus und biologischen Determinismus betont wurde, einen Rahmen, um die oft fließenden und mehrdeutigen Identitätsgruppen des ländlichen Osmanischen Reiches als eine Analogie zu den starrereren rassischen Klassifizierungen zu begreifen, wie sie zur Legitimation der Sklaverei und ihrer Folgen in Amerika entwickelt worden war. Die osmanischen Behörden übernahmen diese Ideen als Rahmen, um die Komplexität der Levante und Mesopotamiens zu verstehen, als sie die Kontrolle über die arabischen Provinzen des Reiches wiedererlangten.

7) Fazit

Die Beziehung zwischen Religion und Bürgerkrieg ist komplex. Dieser Beitrag hat einen Überblick über dieses Thema gegeben und die Überschneidungen von Religion, politischer Gewalt und Bürgerkriegen untersucht. Obwohl die traditionelle Skepsis in der Politikwissenschaft und in den internationalen Beziehungen die Religion zunächst an den Rand gedrängt hat, ist es seit dem Ende des Kalten Kriegs zu einem Paradigmenwechsel gekommen. Die Forschenden erkennen nun die wichtige Rolle der Religion für das Verständnis politischer Gewalt an. Dies hat zur Entstehung verschiedener theoretischer Ansätze zur Untersuchung der Dynamiken zwischen Religion und Bürgerkriegen geführt. In diesem Beitrag wurde argumentiert, dass das Argument des „Kampfes der Kulturen“ zu reduktionistischen Ansichten geführt hat, die sich zu sehr auf die alleinige Rolle des Islam in zivilen Konflikten konzentrieren. Weiterhin wurde die zentrale

Rolle des Sektierertums bei der Auslösung von Bürgerkriegen hervorgehoben. Hierbei lag der Schwerpunkt auf verschiedenen Ansätzen zur Erklärung religiös-sektiererischer Spannungen und Spaltungen, insbesondere in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA). Dieser Beitrag hat unterstrichen, wie wichtig es ist, über einen essentialistischen Ansatz hinauszugehen und die vielschichtige Rolle von Religion in Bürgerkriegen zu verstehen. Er hat die Notwendigkeit hervorgehoben, eine Vielzahl von Faktoren zu berücksichtigen, die zum Aufstieg der Identitätspolitik in der Gegenwart beitragen. Die Integration verschiedener theoretischer Ansätze sowie ein kontextbezogenes Verständnis von Geschichte und Staatsbildung können zu einem differenzierteren Verständnis laufender Konflikte weltweit führen.

Um das Forschungsfeld weiter voranzubringen, sollten künftige Forschungsarbeiten die transnationalen Dimensionen religiöser Ideologien in zivilen Konflikten und deren Überschneidungen mit lokalen politischen Dynamiken untersuchen. Darüber hinaus besteht ein Bedarf an empirischen Studien, die die Auswirkungen religiöser Interventionen auf die Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung quantifizieren. Durch die Untersuchung dieser Bereiche können die Wissenschaftler zu einem umfassenderen Verständnis der Rolle der Religion in Bürgerkriegen beitragen. Aufbauend auf den erörterten Rahmenbedingungen sollte sich die künftige Forschung mit den praktischen Auswirkungen des konstruktivistischen Realismus in Konfliktgebieten befassen. Dabei ist zu untersuchen, wie diese Perspektive politische Entscheidungen und Strategien zur Friedenskonsolidierung beeinflussen kann. Darüber hinaus muss das Zusammenspiel zwischen sektiererischen Identitäten und staatlichen Institutionen in verschiedenen politischen Systemen untersucht werden. Ziel ist es, zu verstehen, wie diese Beziehungen die Dynamik von Bürgerkriegen und die Aussichten auf Versöhnung beeinflussen.

8) Auswahlbibliographie

Maoz, Zeev, und Errol A. Henderson. (2020). Scriptures, shrines, scapegoats, and world politics: Religious sources of conflict and cooperation in the modern era, Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist der Einfluss der Religion auf die Politik, insbesondere im Hinblick auf den religiösen Terrorismus, ein wichtiges Thema. Während frühere Studien hauptsächlich die Auswirkungen von Religion auf Konflikte untersuchten, nimmt „Scriptures, shrines, scape-

goats, and world politics“ eine breitere Perspektive ein und untersucht die Rolle der Religion in den Inter- und transnationalen Beziehungen. Sie zeigt auf, wie politische Führer die Religion oft für ihre eigenen Zwecke ausnutzen. Die Forschungen von Zeev Maoz und Errol A. Henderson haben gezeigt, dass keine einzelne Religion durchgängig zu Konflikten oder Kooperation neigt. Sie stellen jedoch fest, dass gemeinsame religiöse Überzeugungen zwischen Staaten tendenziell Konflikte verringern und die Sicherheitszusammenarbeit erleichtern. Darüber hinaus weisen die Autoren auf einen bedeutenden Zusammenhang zwischen Säkularität und menschlicher Sicherheit hin.

Bormann, N.-C., Cederman, L.-E., und Vogt, M. (2017). Language, religion, and ethnic civil war. Journal of Conflict Resolution, 61(4), 744–771.

Die Autoren gehen der Frage nach, ob es einen Zusammenhang zwischen bestimmten ethnischen Gruppen und der Konfliktbereitschaft gibt. Ob- schon auch der Faktor ethnische Zugehörigkeit die Aufmerksamkeit einiger Wissenschaftler:innen auf sich zieht, geht die vorherrschende Meinung davon aus, dass politische Gewalt eher entlang religiöser als sprachlicher Grenzen ausgetragen wird. Die Autoren stellen diese Annahme jedoch in Frage, indem sie den Weg von sprachlichen Unterschieden zu ethnischen Unruhen über drei theoretische Stufen hinweg untersuchen: (1) die Wahrnehmung von Missständen durch Gruppenmitglieder, (2) die Mobilisierung von Rebellen und (3) die Reaktion der Regierung auf die Forderungen der Rebellen. Ausgehend von einem neuen Datensatz, der ethnische Spaltungen von 1946 bis 2009 abdeckt und sowohl sprachliche als auch religiöse Segmente umfasst, wird ein relationaler Ansatz gewählt, um ethnische Unterschiede zwischen potenziellen Herausforderern und der politisch dominanten Gruppe eines jeden Landes zu bewerten. Entgegen der landläufigen Meinung deuten die Ergebnisse der Autoren darauf hin, dass innerstaatliche Konflikte bei sprachlichen Konfliktparteien wahrscheinlicher sind als bei religiösen. Außerdem gibt es keine Belege für die Annahme, dass muslimische Gruppen als solche konfliktanfälliger sind.

Svensson, Isak, and Ron E. Hassner (Hg.). (2016). International relations and religion. 4 Bde., Los Angeles: SAGE reference.

Die Untersuchung der Überschneidungen zwischen Religion und internationalen Beziehungen hat in den letzten Jahrzehnten, insbesondere seit der Jahrtausendwende, an Dynamik gewonnen. Ereignisse wie die iranische Revolution und die US-Interventionen in Afghanistan und im Irak haben das wissenschaftliche Interesse an diesem Bereich geweckt. Diese vierbän-

dige Sammlung fasst diese wachsende Literatur zusammen und kontextualisiert sie, insbesondere ihre Auswirkungen auf die Kriegs- und Friedensforschung innerhalb der internationalen Theorie. Thematisch gegliedert, präsentieren die Bände verschiedene Perspektiven auf Schlüsselfragen, wie z. B. die Frage, wie Religion das internationale System formt, die Beziehung zwischen Religion und Krieg definiert, die Konfliktprävention oder -lösung beeinflusst und besondere methodische Herausforderungen in den Interdisziplinären Beziehungen darstellt.

9. Hinweise zu Wissenschaftsorganisation

Zeitschriften

1. Journal of Conflict Resolution: <https://journals.sagepub.com/home/jcr>
2. Journal of Peace Research <https://journals.sagepub.com/home/jpr>
3. Journal of Religion, Conflict, and Peace <http://www.religionconflictpeace.org/about>

Konferenzen

1. American Academy of Religion (AAR) Annual Meeting
2. European Consortium for Political Research (ECPR) General Conference
3. Peace and Justice Studies Association (PJSA) Annual Conference
4. Society for the Scientific Study of Religion (SSSR) Annual Meeting
5. Annual Meeting of the American Political Science Association (APSA)
6. International Studies Association (ISA) Annual Convention

Datensätze

1. Uppsala Conflict Data Program (UCDP)
2. The Correlates of War (COW) Intrastate Wars Dataset
3. Armed Conflict Location and Event Data Project (ACLED)
4. PRIO Conflict Recurrence Database
5. Religious Cleavages Dataset
6. Global Terrorism Database (GTD)
7. Minorities at Risk (MAR) Project
8. Pew Research Center's Religion & Public Life Database

Literaturverzeichnis

- Appadurai, A. (2006). *Fear of small numbers: An essay on the geography of anger*. Durham, NC: Duke University Press. <https://doi.org/10.1515/9780822387541>
- Bellin, Eva. (2008). "Faith in Politics. New Trends in the Study of Religion and Politics." *World Politics* 60(2), 315–347.
- Brasted, Howard; Ahmed, Imran; and Mostofa, Shafi Md. (2021). "Revisiting S. P. Huntington's 'The Clash of Civilizations' Thesis". in Shahram Akbarzadeh (ed.), *Routledge Handbook of Political Islam*, Second Edition, New York: Routledge.
- Collier, Paul. (May 2003). "The Market for Civil War." *Foreign Policy* 136, 38–45.
- Dixon, Paul. (2018). "Beyond Sectarianism in the Middle East? Comparative Perspectives on Group Conflict". In Frederic Wehrey (ed.), *Beyond Sunni and Shia: The Roots of Sectarianism in a Changing Middle East*. Oxford Academic, <https://doi.org/10.1093/oso/9780190876050.003.0002>.
- Gaub, Florence. (2013). "Civil Wars: A Very Short Introduction." Brief no. 36. Paris: European Union Institute for Security Studies.
- Grzymala-Busse, Anna. (2012). "Why Comparative Politics Should Take Religion (More) Seriously", *Annual Review of Political Science*, 15(1), 421–442.
- Haddad, F., Hintz, L., Majed, R., Matthiesen, T., Salloukh, B. F., and A. A. Siegel. (2022). "The Politics of Identity and Sectarianism". In *The Political Science of the Middle East*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780197640043.003.0008>
- Harari, Y. N. (2018). *21 lessons for the 21st century*. London: Jonathan Cape.
- Haykel, Bernard. (2003). *Revival and Reform in Islam: The Legacy of Muhammad al-Shawkani*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hegre, Håvard; Ellingsen, Tanja; Gates, Scott and Nils Peter Gleditsch. (2001). "Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War, 1816–1992." *The American political science review* 95(1), 33–48.
- Hinnebusch, Raymond. (2015). *International Politics of the Middle East*, 2nd ed. United Kingdom: Manchester University Press.
- Huntington, Samuel P. (1993). "The Clash of Civilizations?" *Foreign Affairs*, 72(3), 22–49.
- Huntington, Samuel P. (1996). *The Clash of Civilizations and the Remaking of the World Order*. New York: Simon & Schuster.
- Köhrsen, Jens (2024): Wirtschaft und Religion. Zugänge der Religionsökonomie. In: Antonius Liedhegener und Jens Köhrsen (Hg.): Religion – Wirtschaft – Politik. Wege zur transdisziplinären Forschung. Baden-Baden, Zürich: Nomos; Pano by TVZ (Religion – Wirtschaft – Politik, 24).
- Neep, D. (2021). "'What have the Ottomans ever done for us?' Why history matters for politics in the Arab Middle East". *International Affairs (London)*, 97(6), 1825–1841. <https://doi.org/10.1093/ia/iia145>
- N.N. "From Civil War to Terrorist Violence." (May 16, 2023). World101, Council on Foreign Relations. <https://world101.cfr.org/understanding-international-system/conflict/understanding-intrastate-conflict>.

- Manea, Elham. (June 2024). *The Yemeni Civil War: The Arab Uprising, State Formation, and Internal Instability*. Exeter: University of Exeter Press.
- Manea, Elham. (2011). *The Arab State and Women's Rights. The Trap of Authoritarian Governance (Yemen, Syria, and Kuwait)*. London: Routledge Studies in Middle Eastern Politics.
- Mansbach, R.W. and Pirro, E.B. (2023). *Introduction to Global Politics*, 4th ed. Abingdon, England: Routledge.
- Maaz, Zeev, and Errol A. Henderson. (2020). "Religion and Civil War." In *Scriptures, Shrines, Scapegoats, and World Politics: Religious Sources of Conflict and Cooperation in the Modern Era*, 283–343. University of Michigan Press. <http://www.jstor.org/stable/10.3998/mpub.11353856.10>.
- Perthes, Volker. (2004). "Politics and Elite Change in the Arab World". in Volker Perthes (ed.), *Arab Elites: Negotiating the Politics of Change*, Colorado: Lynne Rienner Publishers.
- Sambanis, Nicholas. (2004). "What Is Civil War? Conceptual and Empirical Complexities of an Operational Definition." *The Journal of Conflict Resolution* 48(6): 814–858. <http://www.jstor.org/stable/4149797>.
- Sambanis, Nicholas. (2002) "A Review of Recent Advances and Future Directions in the Quantitative Literature on Civil War", *Defence and Peace Economics* 13(3), 215–243, DOI: 10.1080/10242690210976.
- Sen, Amartya. (2005). *Identity and Violence: The Illusion of Destiny*. New York & London: W.W. Norton and Company.
- Shuja Al-Deen, Maysaa (2021). "Yemen's War-torn Rivalries for Religious Education". in Frederic Wehrey, ed. (2021), *Islamic Institutions in Arab States: Mapping the Dynamics of Control, Co-option, and Contention*. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Stein, Sabina A. (2011). "Competing Political Science Perspectives on the Role of Religion in Conflict". *Politorbis*, N. 52–2, pp. 21 – 26.
- Svensson, Isak. (2019). "Civil War and Religion: An Overview." *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. Accessed 24 Jan. 2024. <https://oxfordre.com/politics/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-650>.
- Taydas, Zeynep, Dursun Peksen, and Patrick James. (2010). "Why Do Civil Wars Occur? Understanding the Importance of Institutional Quality." *Civil Wars* 12 (3), 195–217. doi: 10.1080/13698249.2010.509544.
- Toft, Monica D. (2007). "Getting Religion?: The Puzzling Case of Islam and Civil War". *International Security*, 31(4), 97–131. <http://www.jstor.org/stable/4137567>
- Toft, Monica D. (2021). "Getting Religion Right in Civil Wars". *Journal of Conflict Resolution*, 65(9), 1607–1634. <https://doi.org/10.1177/0022002721997895>
- Werkner, Ines Jacqueline. (2011). "Krieg, politische Gewalt und Frieden: Religion und ihre Bedeutung in den internationalen Beziehungen". In Antonius Liedhegener (Hg.). *Religion – Wirtschaft – Politik : Forschungszugänge zu einem aktuellen transdisziplinären Feld*. Zürich: Pano Verlag.

